

Personen und für deren verwaltungsmäßige Betreuung fortan nur noch das Landratsamt zuständig war. Gleiches galt auch für das Beschaffungswesen sämtlicher Heime.

Weiter wurde für das gesamte Kreisgebiet eine örtliche Aufnahme- und Verteilungsstelle beim Offenburger Wohnheim eingerichtet. Diese hatte und hat heute noch die Aufgabe, die von den Landesaufnahmelagern Rastatt, Empfingen und Tübingen eintreffenden Neuankömmlinge zu registrieren, zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden für eine Erstbetreuung zu sorgen und an die von der Eingliederungsbehörde bestimmten Wohnheime bzw. Ausweichquartiere weiterzuleiten. Dabei wurden und werden nach Möglichkeit Verteilungswünsche der Betroffenen innerhalb des Kreises berücksichtigt.

Um die zahllosen Gebührenrechnungen rasch in den Griff zu bekommen, wartete man nicht auf die vom Innenministerium angekündigte Einführung eines landesweiten EDV-Programms, sondern entwickelte ein eigenes. Und das war gut so. Nur so war noch eine einigermaßen zeitnahe Aufarbeitung der massenhaft angewachsenen Gebührenrückstände möglich.

Damit ein möglichst enger Kontakt mit den wichtigsten Aussiedler-Betreuungsverbänden entstand, wurde unter Federführung des kürzlich in den Ruhestand getretenen Dezernenten ein Arbeitskreis ins Leben gerufen. In regelmäßigen Abständen treffen sich seitdem die Geschäftsführer der freien Wohlfahrtsverbände mit führenden Mitarbeitern der Eingliederungsbehörde zum gegenseitigen Informationsaustausch.

Die Hauptunterbringungskonzeption war die Schaffung von weiteren Wohnheimkapazitäten, um zu einem späteren Zeitpunkt die Zahl der Ausweichunterkünfte zumindest deutlich zu vermindern. Zum einen gab es dort teilweise erhebliche Probleme zwischen den untergebrachten Aus- und Übersiedlern und den Betreibern (mangelnde Essensqualität, -quantität, Ruhestörungen, Reinigungsprobleme), die aufgrund der Eigenverantwortung der Pächter und der örtlichen Abgelegenheit nicht so rasch abzustellen waren. Zum anderen waren die Quartiere infolge hohen Unterbringungsdrucks, Personalmangels und Ortsferne teilweise ohne Besichtigung und zu hohen Tagespreisen (50,- bis 60,- DM pro Person bei Vollversorgung) vom Regierungspräsidium angemietet worden.

Da sich die Zugangszahlen immer noch auf hohem Niveau bewegten und sich die Suche nach Standorten weiterer Wohnheime langwierig gestaltete, mußte weiterhin nach Ausweichquartieren Ausschau gehalten werden. Und die fand man dann auch, wenn auch teilweise weit abgelegen und mit